

Press release

Kiel, 21.06.2021

## **Mehr Wohnungen für die KiWoG – mehr bezahlbarer Wohnraum für Kiel**

*Der Kieler Mieterverein und der Gewerkschaftsbund in der Kiel Region sprechen sich dafür aus, den Wohnungsbestand der Kieler Wohnungsgesellschaft entschieden zu vergrößern. Die SSW-Ratsfraktion teilt diese Forderung vollumfänglich und freut sich über den starken Rückhalt für eine am Menschen ausgerichtete Wohnungspolitik. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ratsherr Marcel Schmidt:*

„Der Kieler Mieterverein und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Kiel Region haben sich am vergangenen Wochenende an einer bundesweiten Aktion des Bündnisses ‚Mieten Stopp!‘ beteiligt und damit auf die katastrophale Lage des Wohnungsmarktes hingewiesen, wie sie auch in der Landeshauptstadt Kiel vorherrschend ist. Als Teil der Lösung bringen DGB und Mieterverein ins Spiel, den Wohnungsbestand der Kieler Wohnungsgesellschaft (KiWoG) stark zu erhöhen.

Diese Forderung teilen wir uneingeschränkt. Die KiWoG ist dafür da, bezahlbaren Wohnraum in Kiel zur Verfügung zu stellen. Je größer davon der Anteil am Kieler Wohnungsmarkt ist, desto mehr Einfluss nimmt die KiWoG auf die Preisentwicklung. Es ist also unabdingbar, dass die Ratsversammlung in diesem Bereich nicht länger kleine Brötchen backt, sondern sich darauf einigt, die Zahl der KiWoG-Wohnungen schnellstmöglich zu vervielfachen. Ansonsten haben wir mit der Wohnungsgesellschaft mit großem Aufwand ein stumpfes Werkzeug geschaffen.

In der aktuellen Mehrheitssituation der Ratsversammlung gibt es jedoch große Schwierigkeiten, die notwendige Entwicklung der KiWoG auf den Weg zu bringen. Erst in der vorletzten Sitzung des Finanzausschusses schwenkten SPD, Grüne und FDP auf den CDU-Kurs ein und lehnten zwei Anträge der Fraktionen der LINKEN und des SSW ab, die genau das gefordert hatten: die

Bereitstellung finanzieller Mittel für eine deutliche Erhöhung des Gesamtbestandes von Wohnungen der KiWoG, um einen mäßigenden Einfluss auf die Preisgestaltung am Wohnungsmarkt nehmen zu können. Die Kieler\*innen brauchen bezahlbaren Wohnraum und wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass sie ihn auch bekommen.“